

Fachtagung „Inklusion“ führt zur Diskussion

Karl Finke liegt die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention am Herzen.

Hannover. Am 01.01.2008 trat das „Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (NBGG)“ in Kraft. In diesem Zusammenhang wurde aus dem bisherigen "Behindertenbeauftragten" Karl Finke, der „Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen“. Selbiger lud am 27. Mai 2010 zu einer Fachtagung zum Thema „Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“ in das Restaurant im Leineschloss in Hannover ein.

„Niemand darf mehr gezwungen werden, in Einrichtungen zu leben, in denen er nicht leben möchte!“ Stellte Finke klar und empfahl seine Aussage in Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention nachzulesen. Eingehend wurde noch die von den Einrichtungsträgern betonte „Wahlfreiheit“ erörtert, die sich so nicht in der UN-Konvention finden lasse, denn nur wenn auch gesunde Menschen in Behinderteneinrichtungen leben wollten, wäre diese entsprechend. „Den richtigen Weg“, ließ Finke verlautbaren, „geht die Diakonie in Niedersachsen, die an drei Standorten (Himmelsthür, Celle und Rotenburg) einen Konversionsprozess begonnen hat und so zunehmend mehr Menschen mit Behinderungen das Leben in Wohnungen in der jeweiligen Region ermöglicht.“

Zur Fragestellung „UN-Behindertenrechtskonvention - Wo stehen wir in Niedersachsen“, waren der Einladung Finkes zwei Fachleute aus Niedersachsen gefolgt und so referierte Dr. Valentin Aichele, Leiter der Monitoringstelle des Deutschen Institutes für Menschenrechte, zum Thema: “Die UN-Behindertenrechtskonvention -Umsetzung in Bund, Ländern und Gemeinden” und Dr. Peter Wachtel, aus dem Niedersächsischen Kultusministerium, zum Thema: „Aktueller Stand und Perspektiven der Umsetzung auf Kultusministerebene.“

Rund 130 Gäste im Auditorium bekamen anschließend die Chance, über Fragen und Herausforderungen zu diskutieren oder über persönliche Erlebnisse zu berichten, wie beispielsweise eine junge Mutter, die bei der Suche nach einem Kindergartenplatz auf starke Ablehnung traf: „Weil meine Tochter erkennbar das Down-Syndrom zeigt, wurde ich aufgefordert ärztliche Gutachten und andere Unterlagen oder sogar Anträge zu erbringen, ehe über eine Aufnahme in den Regelkindergarten am Wohnort entschieden werden könne“. Und empört fügte die Frau hinzu: „Als meine beiden gesunden Kinder in den Kindergarten sollten, genügte eine einfache Anmeldung!“

Genau solche Fälle sind es, die Karl Finke meinte, als er ausführte: „Die UN-Behindertenrechtskonvention ist ein solides Fundament für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Jetzt gilt es, durch die Mitbestimmung behinderter Menschen (Art29) die Vorgaben der Konvention in Niedersachsen umzusetzen.“

Denn mit der Anerkennung der UN-Konvention ist Deutschland die Verpflichtung eingegangen, ein inklusives Bildungssystem (Art24) einzuführen. Dieser Verpflichtung kann sowohl in Niedersachsen als auch anderswo nur nachgekommen werden, wenn ein generelles Umdenken, ein Wechsel der pädagogischen Perspektiven in Gesellschaft und Schule, vorgenommen wird. Der Weg führt weg von der sogenannten Sonderschule, hin zum konsequent gemeinsamen Unterricht in der Regelschule. Denn Inklusion fordert mehr als nur Toleranz. Inklusion meint Verschiedenheit als Bereicherung und setzt von daher einen gezielt gewollten Umgang mit Vielfalt voraus.

Eva-Maria Seidel

Dr. Peter Wachtel (von links) mit Karl Finke und Dr. Valentin Aichele bei der Pressekonferenz im Leineschloss Hannover



Foto: Michael Germann

Karl Finke und sein Amt: Wesentlicher Auftrag des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen ist es, darauf hinzuwirken, dass diese gesetzlichen Vorgaben verwirklicht und von den öffentlichen Stellen beachtet werden. Dazu wurde u. a. ein Landesbehindertenbeirat zu seiner Unterstützung gebildet. Karl Finke, erblindeter Diplom-Pädagoge, kennt die Probleme und Schwierigkeiten Behinderter aus eigener Erfahrung. Als unmittelbar Betroffener setzt der Landesbeauftragte darüber hinaus eine Vielzahl politischer Akzente im Bereich der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen.

Die Integration behinderter Kinder in Schulen und Kindergarten, die Arbeit für und mit [behinderten Frauen](#) sowie Kampagnen zur Eingliederung von behinderten Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt sind die Schwerpunkte der Arbeit des Landesbeauftragten und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Er gibt eine eigene [Schriftenreihe](#) heraus.

Die Integration behinderter Menschen ist u.a. von ihrer uneingeschränkten Mobilität abhängig. Deshalb hat der Landesbeauftragte in Zusammenarbeit mit vielen behinderten Menschen in niedersächsischen Gemeinden einen [Reiseführer](#) für Niedersachsen entwickelt. Dieser wird kontinuierlich aktualisiert und weiterentwickelt, um so den Stand der Barrierefreiheit in Niedersachsen zu verdeutlichen und den Aufenthalt behinderter Menschen in Niedersachsen zu erleichtern.

Der Landesbeauftragte berät die Landesregierung in allen Behindertenfragen und unterbreitet Vorschläge zur verbesserten Integration behinderter Menschen in das Arbeitsleben und in die Gesellschaft. Er wird von den Ministerien und der Staatskanzlei bei Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen Vorhaben, soweit sie die Ziele des Gesetzes betreffen, beteiligt. Er kann von den öffentlichen Landeseinrichtungen nicht nur unmittelbar schriftliche und mündliche Auskünfte verlangen, sondern diese sind darüber hinaus verpflichtet, ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen. Der Landesbeauftragte kann jederzeit landeseigene Einrichtungen für behinderte Menschen besuchen.

Darüber hinaus unterhält der Landesbeauftragte Kontakte zu Selbsthilfegruppen, Verbänden und Institutionen der Behindertenhilfe, Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Schwerbehindertenvertretungen.

Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen

<http://www.behindertenbeauftragter-niedersachsen.de/>

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz

30159

Telefon

Telefax:

E-Mail: karl.finke@ms.niedersachsen.de

2

Hannover

0511/120-4007

0511/120-4290